

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Erscheint Werktags

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2,15 Mk. in Württemberg 2,25 Mk. vierteljährlich, hiezu Postgebühren 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 16 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Pettizeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.



Nr. 50

Donnerstag den 27. Februar 1919

36. Jahrgang.

Schiller über die Spartakisten.

In einem seiner kleineren Aufsätze, „Ueber die notwendigen Grenzen beim Gebrauch schöner Formen“, schrieb Schiller um 1795 — wohl unter den Erfahrungen der französischen Revolution — die folgenden, unsere Zeit merkwürdig tief berührenden Sätze: „Wie viele gibt es nicht, die, um einem Einzelnen wohlzutun, die Pflicht gegen das Ganze verletzen, und umgekehrt; die sich eher eine Unwahrheit als eine Indelicatesse, eher eine Verletzung der Menschlichkeit als der Ehre verzeihen, die, um die Vollkommenheit ihres Geistes zu beschleunigen, ihren Körper zu Grund richten und, um ihren Verstand auszuweiden, ihren Charakter erniedrigen. Wie viele gibt es nicht, die selbst vor einem Verbrechen nicht erschrecken, wenn ein löblicher Zweck dadurch zu erreichen steht, die ein Ideal politischer Glückseligkeit durch alle Grenzen der Anarchie verfolgen, Gesetze in den Staub treten, um für bessere Plaz zu machen, und kein Bedenken tragen, die gegenwärtige Generation dem Elend preiszugeben, um das Glück der nächstfolgenden dadurch zu befähigen. Die scheinbare Uneigennützigkeit gewisser Tugenden gibt ihnen einen Anstrich von Reinigkeit, der sie dreist genug macht, der Pflicht ins Angesicht zu treten, und manchem spielt seine Phantasie den seltsamen Betrug, daß er über die Moralität noch hinaus und vernünftiger als die Vernunft sein will. Der Mensch von verfeinertem Geschmack ist in diesem Stand einer stützlichen Verderbnis fähig, vor welcher der rohe Naturjahn, eben durch seine Rohheit, geschützt ist. Bei dem letzteren ist der Abstand zwischen dem, was der Sinn verlangt, und dem, was die Pflicht gebietet, so abschüssig und so grell, und seine Begierden haben so wenig Geistes, daß sie sich, auch wenn sie ihn noch so despotisch beherrschen, doch nie bei ihm in Ansehen setzen können. Meist ihn also die überwiegende Sinnlichkeit zu einer unredlichen Handlung, so kann er der Versuchung zwar unterliegen, aber er wird sich nicht verbergen, daß er fehlt, und der Vernunft sogar in demselben Augenblick huldigen, wo er ihrer Vorchrift entgegenhandelt. Der verfeinerte Jüngling der Kunst hingegen will es nicht Wort haben, daß er fällt, und um sein Gewissen zu beruhigen, beklagt er es lieber. Er möchte zwar gern der Begierde nachgeben, aber ohne dadurch in seiner eigenen Achtung zu sinken. Wie bewerkstelligt er nun dieses? Er stützt die höhere Autorität

vorher um, die seiner Meinung entgegensteht, und ehe er das Gesetz übertritt, zieht er die Befugnis des Gesetzgebers in Zweifel. Sollte man es glauben, daß ein verkehrter Wille den Verstand so verkehren könne? Alle Würde, auf welche eine Neigung Anspruch machen kann, hat sie bloß ihrer Uebereinstimmung mit der Vernunft zu verdanken, und nun ist sie so verblendet als dreist, auch bei ihrem Widerstreit mit der Vernunft sich dieser Würde anzumäßen, ja sich derselben sogar gegen das Ansehen der Vernunft zu bedienen.“

Neues vom Tage.

Berlin, 26. Febr. Das Kabinett hat in seiner gestrigen Sitzung in dreistündiger Beratung sich mit der gesamten Wirtschaftslage befaßt. Alle Mittel sollen aufgegeben werden, um die Unruhen abzustellen. Für die Neu belebung des Transportwesens und die Wiederinstandsetzung der Transportmittel soll Sorge getragen werden. Der Sozialisierungsparagraph im Aktionsprogramm dürfe nicht Papier bleiben.

Weimar, 26. Febr. Der österröichische Staatssekretär des Neuhern, Bauer, ist gestern hier eingetroffen.

Berlin, 25. Febr. Ein neuer Märktongreß soll Ende März einberufen werden.

Ludendorff in Deutschland.

Berlin, 26. Febr. General Ludendorff ist auf der Reise nach Berlin in Stralsund eingetroffen.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 26. Febr. In der Waffenstillstandskommission in Spaa bemängelte der französische Vorsitzende die langsame Ablieferung des landwirtschaftlichen Materials. Der deutsche Vorsitzende erwiderte, die Verzögerung sei in erster Linie auf das verspätete Eintreffen der französischen Listen über die einzelnen Arten der abzuliefernden landwirtschaftlichen Maschinen zurückzuführen und auf die Transportschwierigkeiten, die sich aus dem Mangel an Lokomotiven ergeben.

Berlin, 25. Febr. Nachdem die deutschen Kommissionen für die Schiffsahrts-, Finanz- und Lebensmittelfragen bereits am 23. Februar in Spaa eingetroffen waren, teilte General Nudant am 24. Febr. mit, daß die Verhandlungen über die mit der Versorgung Deutschlands zusammenhängenden Fragen nicht vor dem 4. März stattfinden können.

Soll das Spiel doch weitergehen?

Paris, 26. Febr. Der „Temps“ veröffentlicht eine längere Note über den Verlauf der Konferenzarbeiten, die von der Savasnote in verschiedenen Punkten wesentlich abweicht. Wie der „Temps“ erzählt, soll der Waffenstillstand allerdings dem Vorfrieden als Grundlage dienen; über die Möglichkeit, den Waffenstillstand auch auf die Finanzklauseln und die Gebietsforderungen auszudehnen, seien aber die größten Meinungsverschiedenheiten zu Tage getreten. Es scheint deshalb, meint der „Temps“, daß die Alliierten doch wieder auf den Gedanken zurückkommen müssen, nur ein militärisches Abkommen mit Deutschland abzuschließen, oder aber vielleicht noch ein bis zwei Monate zu warten, um ein neues Waffenstillstandsabkommen zu treffen und bis dahin mit dem vorläufigen Vertrag sich zu begnügen, gegen den allerding von verschiedenen Stellen die schwersten Bedenken geltend gemacht wurden.

Gegen die Zwangswirtschaft.

Berlin, 26. Febr. Um der Hungersnot vorzubeugen ist, wie Professor Bachhaus in der „Täglichen Rundschau“ ausführt, die Förderung unserer Landwirtschaft bringend notwendig. Vorbedingung für die Entwicklung der Landwirtschaft ist nach diesem Sachverständigen die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft, die unsere Erzeugung gehemmt und die Volkswirtschaft untergraben habe. Nur Brotgetreide und Fleisch müßten noch eine Zeitlang zentral bewirtschaftet werden. Auch das Verbot der Verfüllung und technischen Verwendung von Nahrungsmitteln, sowie einige Höchstpreise müßten zunächst noch aufrecht erhalten werden.

Preiserhöhung im Zeitungsgewerbe.

Berlin, 26. Febr. In einer gemeinsamen Sitzung des Vereins deutscher Zeitungsverleger und der Vertreter der Pressevereine wurde festgestellt, daß die Lage der deutschen Zeitungen gegenwärtig kritischer sei als je. Die Herstellungskosten sind infolge der Lohnerhöhungen, des Zwangs, die während des Kriegs eingestellten Arbeitskräfte zu behalten und die aus dem Kriege heimkehrenden wieder einzustellen, ferner infolge der Verabiegung der Arbeitszeit usw. in einem bisher noch nicht dagewesenen Grade gestiegen. Um auch nur einen teilweisen Ausgleich für die ungeheure Mehrbelastung

Ein Deutscher

Von Otto Ruppins.

gehalten werde, und daß jeder an der Ladung Beteiligt am besten tue, sofort nach dem rechten zu sehen. „Ja, wußte nicht, ob ich nicht mit jedem Wort, das ich über den Inhalt redete, mehr schlecht als gut machen konnte, und ließ die Schrift, wo sie war und wo sie morgen früh doch von den Johnsons sogleich entdeckt werden muß. Als Sie zu mir kamen, vergaß ich über Ihre blaffen Gesichte sogar die ganze Geschichte, und erst später fiel mir ein, daß Frossis an der Sache wohl ebenso beteiligt sein könnten, als Blad oder Johnsons, und daß ich Ihnen jedenfalls noch ein Wort darüber sagen müßte.“

„Und wo ist der Brief jetzt — wird ihn nicht der alte Blad längst haben holen lassen?“ unterbrach ihn Reichardt eifrig.

„Der Alte ist noch immer nicht bei Besinnung,“ erwiderte der andere, „ich trugte in seinem Hause nach, ehe ich hierherging und gerade deshalb habe ich Ihnen die Geschichte erzählt.“

Reichardt machte sichtlich erregt einen raschen Gang durch das Zimmer. „Ich muß das Papier selbst sehen, Meißner,“ sagte er, plötzlich stehenbleibend; „Frossis sind wirklich zu einem großen Teil an der Ladung der Mary Lee beteiligt, und was geschehen kann, um einen Schwund der Versicherungsgesellschaft zu verhindern, muß sofort geschehen. Dazu gehört aber wenigstens ein begründeter Verdacht, der sich nur durch den Brief feststellen läßt — können wir jetzt nach dem Büro von Johnsons gelangen? Der Porter schläft ja wohl im untern Räume, und ein Vorwand muß sich finden.“

„Können? Na, richtig können wir!“ rief der Kupferschmied, fuhr sich aber auch zugleich mit der Hand hinter die Ohren, „was dann aber, wenn der Brief morgen früh nicht mehr da ist? Denn um das einfache Dineinsehen wird es Ihnen ja wohl nicht zu tun sein?“

„Hören Sie, Meißner,“ rief Reichardt, den anderen bei den Armen ergreifend, „morgen ist der Brief wahrscheinlich nicht mehr wert als ein Stück Papier; heute aber können wir neben Frossis Kapital wohl auch das Interesse von Johnson oder Blad retten. Wagen Sie einmal für den schlimmsten Fall Ihre Stelle, Sie machen damit, wenn Sie Ihr Englisch nicht betrogen hat, der Einsatz für einen viel bedeutenderen Gewinn.“

„Vorwärts also!“ rief der Kupferschmied, seiner Gut fester auf den Kopf schlagend, „die Sache ist mir ein bißchen heftig, aber Sie haben wohl noch keinem Menschen zu etwas Unrechtem geraten.“

„Und hoffe, es auch niemals zu tun, verlassen Sie sich darauf!“ gab Reichardt zurück, und in der nächsten Minute hatten die beiden Männer scharfen Schritts der Weg nach Johnsons Hause eingeschlagen. „Es ist launlich,“ sagte der Kupferschmied, der an der nächsten Laternen seine Uhr gezogen hatte, nachdenklich, „und wahrscheinlich ist der jetzige Porter, der seine Abende gerne lange braucht, noch nicht einmal zu Hause. Wir könnten uns wohl, wenn wir nicht zwei oder drei Stunden warten wollen, einen Weg von dem Hinterhause nach dem Büro bahnen, könnten aber auch dabei als ganz ordentliche Eindringler abgefaßt werden — wenn's aber durchaus sein müßte.“

„No, no!“ erwiderte Reichardt, der sich über der todesverachtenden Ton von Meißners letzten Worten eines Lächelns nicht erwehren konnte, „wir sind die Personen, von denen jetzt alles abhängt, und dürfen uns deshalb keiner unnötigen Gefahr aussetzen. Sehen wir wie wir die Sachen finden, und nehmen dann unsere Maßregeln — vorläufig vertraue ich an, das Büro; die ganze Sache ist zu sonderbar an mich ge.ommen, als daß ich einen Rechltschlag fürchten sollte.“

„Auch ein guter Wahn — oder nur los; einmal eine Sache unternehmen, bin ich zu allem fähig!“ brummte der Kupferschmied, und schweigend setzten beide nebeneinander ihren Weg fort.

Die Straße war völlig menschenleer als Reichardt und Meißner ihr Ziel erreichten, und dieser begann ohne Zögern an einer der großen Türen zu pochen; aber nie ein gewaltiges Bellen antwortete. „Ob uns das Vieh nicht einen Strich durch die Rechnung machen wird?“ sagte der Kupferschmied, sich umsehend.

„Ich meine doch, in ich sollte der Kerl noch kennen,“ erwiderte Reichardt; „vor weiterem Pochen aber lassen Sie mich eine Unteruchung anstellen: ist der Porter zu Hause, so muß der Schlüssel innen stecken!“ Er wandte sich nach der Türe, öffnete sein Messer und schob dieses in das Schloß; wie überrascht aber wandte er sich wieder zurück. „Die Türe ist offen, Meißner,“ sagte er halblaut, „aber kein Schlüssel da!“

„Richtig, wieder einmal eine Lumpenwirtschaft!“ versetzte dieser, „warum wollen die Herren keinen gewissenhaften Deutschen nehmen, und stellen einen lieblichen Engländer ein! Der Mensch ist mit einem Stiche weggegangen und hat vergessen zu schließen!“ Er versuchte, die Türe aufzudrücken, aber ein Knurren dahinter ließ ihn davon absehen. „Ohne Körn wird's schwerlich abgehen,“ fuhr er bedenklich fort, „und die Polizei ist nie weit von hier.“

„Lassen Sie mich nur,“ gab Reichardt, die Türe laut, zu rufen, „Down, Watch!“ rief er in kurzen, bestimmten Tönen, und das Knurren verstummte; er öffnete vorläufig den Eingang, aber kurz vor ihm blühten ihm zwei glühende Augen aus der Dunkelheit entgegen, und ein neues bissiges Knurren schien ihn zu warnen. Nach schmeichelnden Worten des Eintretenden schien das Tier indessen unsicher zu werden; ein Inquirierendes Brummen ließ sich hören, und als Reichardt es lockte, kam es schließlich schnüffelnd heran, um indessen nach wenigen Sekunden der Unteruchung ein freudiges Winseln hören zu lassen. „Jetzt, Meißner, rief den Brief,“ rief er, „beschäftige den Hund so lange, und werden wir überrascht, so haben wir nachsehen wollen, weshalb die Türe offen gewesen ist!“



zu finden, sind die Zeitungsoberleger gedrungen, eine Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise einzutreten zu lassen.

Eröffnung der sächsischen Landesversammlung.

Dresden, 26. Febr. Die neugewählte Kammer für Sachsen trat gestern zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Durch Namensaufruf wurde die Anwesenheit von 95 von 96 Abgeordneten festgestellt. Zum Präsidenten wurde mit 88 Stimmen Abg. Präsborz (Mehrheitsfz.) gewählt, zum 1. Vizepräsidenten Abg. Dr. Distel (Deutsch-Demokrat) mit 84 Stimmen, zum 2. Vizepräsidenten Abg. Lipinski (Unabh. Soz.) mit 84 Stimmen.

Die Spartakisten.

Berlin, 26. Febr. In der letzten Nacht ist es im Zeitungsviertel von neuem zu kurzen Schießereien gekommen. Die „B. Z.“ am Montag bemerkt dazu: Die Schießereien kamen nicht unerwartet. Sie sind Vorzeichen eines neuen Putschplanes der Spartakisten.

Gotha, 26. Febr. Zwischen dem Reichswehrminister Noske und dem Abg. Bock (Unabh.) wurde eine Vereinbarung getroffen, daß der Generalstreik eingestellt, dagegen die Truppen mit Ausnahme einer Abteilung, die Heeresgut zu bewachen hat, zurückgezogen werden.

Blauen i. S., 26. Febr. In Blauen sind Privatwohnungen geplündert worden. Im Beisein des Schlachthausdirektors raubten die Spartakisten aus dem Schlachthof 12 Rensner Würst, 7-8 Jtr. Speck, 5 Jtr. Schweinefleisch, die der Bevölkerung nun als Nahrung verloren gehen.

Halle a. S., 26. Febr. Der Generalstreik der mitteldeutschen Bergleute, der Belegschaften der großen chemischen Fabriken und Stichtoffwerke, der Eisenbahner und der Metallarbeiter gewinnt an Ausdehnung. Es handelt sich nach Mitteilung des Bezirksbergarbeiterrats bei diesem Streik um die Anerkennung der Arbeiter-Betriebsräte in den Gruben durch die Reichsregierung.

Halle a. S., 26. Febr. Zum Protest gegen den spartakistischen Eisenbahnerstreik haben die Telegraphen- und Fernsprechbeamten, die der übrigen Behörden und auch die Ärzte ihre Tätigkeit eingestellt.

Düsseldorf, 26. Febr. In Düsseldorf hat sich in der vergangenen Nacht eine große Unruhmäzang vollzogen. Der aus Unabhängigen und Spartakisten bestehende Arbeitererrat hatte gestern mit großer Mehrheit beschlossen, die Wiederaufnahme des Generalstreiks abzulehnen. Darauf ist dieser Arbeitererrat von radikalen Elementen der Spartakisten und Arbeitslosen gestürzt worden. Die Unabhängigen, welche Mitglieder des bisherigen Vollzugsrates waren, sind in sogenannte Sicherheitshaft genommen worden. Der neue Vollzugsrat soll den Generalstreik mit aller Stärke durchführen. Die Empörung der Arbeiterschaft, welche weiter zu unwillkürlichen Feiern gezwungen werden soll, ist ungeheuer.

Essen, 26. Febr. Es freiten noch 15 000 Mann gegen 35 000 am gestrigen Tag.

Durch den Ausstand der Bergarbeiter sind jetzt schon viele Millionen den Arbeitern durch Lohnausfall und den Betrieben durch die sinnlosen Zerstörungen in den Werkanlagen und die Stilllegung der Betriebe verloren gegangen. In einigen Tagen werden die Koksöfen vollständig erkalten sein.

Mannheim, 26. Febr. Der bei den Vorgängen am Samstag am Gefängnis und am Gerichtsgebäude angerichtete Schaden wird auf etwa 300 000 Mk. geschätzt. Es wurden 400 Gefangene, darunter Schwerverbrecher, befreit. Infolge der angerichteten Zerstörungen an den Gerichtsakten und des Mangels an persönlicher Sicherheit erklärten die Gerichtsbeamten, vorläufig ihre Tätigkeit nicht mehr ausüben zu können.

Bemerkenswert ist, daß einige bei der Erstürmung der Gefängnisse freigelassene Gefangene wieder zurückkehrten, da sie nichts zu essen hatten.

Kommerzienrat Karl Reuther von der Firma Bopp u. Reuther wurde auf dem Wege von der Fabrik nach seiner Wohnung von einem Unbekannten erschossen.

Freiburg, 26. Febr. Der A- und S.-Nat. die Sozialdemokratische Partei, die U. S. V., die Gewerkschaftsartelle und der Ausschuß der Erwerbslosen und der Notstandsarbeiter hatten für gestern nachmittag zum Generalstreik aufgefordert, als Protest gegen die politischen Mordtaten in München und gegen die „gegenrevolutionären“ Bestrebungen. In Zusammenstößen ist es nicht gekommen. Ein großer Teil der Geschäfte und Betriebe hatten geschlossen. Die Zeitungen sind nachmittags nicht erschienen. Abends war der Ausstand beendet.

Wschaffenburg, 26. Febr. Der A- und S.-Nat. von Wschaffenburg hat den Belagerungszustand über Stadt und Land Wschaffenburg und die Korzensur über die Tageszeitungen verhängt.

Die Unruhen in München.

München, 26. Febr. Gestern nachmittag tagte im Landtag der Ausschuß des Landesarbeiter-, Soldaten- und Bauernrats, um zu den politischen Ereignissen Stellung zu nehmen. Etwa 200 Beauftragte waren anwesend. Die Aussprache war teilweise sehr erregt und wurde schließlich auf Donnerstag vertagt. Eine im Haus erschienene Abordnung berichtete, daß eine Versammlung von 5000 Arbeitern unter anderem gefordert habe, daß die Räterepublik sofort ausgerufen werde und daß der Landtag nie wieder zusammentrete. Die Abordnung verlangte die Ablegung verschiedener Verantwortlichkeiten, die Besetzung wichtiger Punkte der Stadt, die sofortige Verbindung mit Rußland und die Besetzung der russischen Botschaft durch Vertreter der russischen Sowjetregierung, außerdem Streichung der Staatsschulden und Ablegung des Münchener Stadtkommandanten.

München, 26. Febr. In einer Bekanntmachung des Zentralrats darf für die Zeit, in der Arbeiter und Kugelstärker am 21. bis 23. Febr. die Arbeit eingestellt haben, keine Kürzung der regelmäßigen Arbeitsverdienste eintreten. Das gleiche gilt für den Trauertag am 26. Februar.

Die Schlösser des Grafen Arco-Zinneberg und Arco Vallen in Oberbayern sind besetzt worden.

Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Weimar berichtet wird, hörte ein bayerischer Zentrumsabgeordneter, der auch Mitglied des bayerischen Landtags ist, am Morgen nach der Ermordung Eisners eine Unterhaltung zwischen zwei Soldaten, von denen der eine sagte: Wenn Auer erst tot ist, wird die Sache schon lebendig werden.

München, 26. Febr. Unter dem Geräusch aller Kirchenglocken bewegte sich von der Theresienwiese aus ein unübersehbarer Trauerzug zum Otfriedhof, um an der Beisetzung Kurt Eisners teilzunehmen. In das Glockengeläute mischten sich Gewehrschüsse, die von den Posten als Trauerfahnen für den Ermordeten abgegeben wurden.

Der Zustand des Ministers Auer hat sich in der letzten Nacht verschlimmert, so daß mit seinem Ableben gerechnet werden muß.

Weimar, 26. Febr. Die in Weimar anwesenden Mitglieder der Nationalversammlung aus Bayern erlassen einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Der bayerische Landtag ist zurzeit mundtot. Wir sind einig mit dem ganzen Volk in der richtungslosen Verurteilung der geschloßen politischen Mordtaten, die in München geschehen sind, und fordern richtungslose Strafverfolgung. Uneingeschränkte Pressefreiheit muß sofort wieder hergestellt werden. Wir fordern die Wiederkehr geistlicher Zustände. Die einzig gesetzmäßige Gewalt liegt heute beim Landtag. Aus ihm muß die linke Regierung herbeigeführt und die Gewähr für den ungehinderten Verlauf seiner Beratungen gegeben werden. Aus den Räten sollen gesetzliche Einrichtungen in Form von Berufsorganisationen zu dauerndem Besitz des Volkes werden, aber der verfassunggebende Landtag hat zu bestimmen, was nach dem Willen des Volkes in die Verfassung anzunehmen ist. Was jetzt Kommunisten und Spartakisten in München treiben, ist Vergewaltigung durch eine verschwundene kleine Minderheit. Der Aufruf fordert dann alle Volksgenossen, insbesondere die Soldaten, auf, sich zusammenzuschließen auf dem Boden der Gesetzmäßigkeit zum Schutze der Volksvertretung und zur Sicherheit der bayerischen Republik.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 26. Febr. (Amtlich.) Wie zu erwarten war, fahren die Polen mit Angriffen gegen deutsche Besitzungen fort. Dabei suchen sie uns als die Schuldigen hinzustellen, indem sie durch einen Funkspruch an das Nationalkomitee in Paris verstanden, daß wir die Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrags nicht einhalten. Sie wenden hierbei die altbewährte polnische Methode an, den Gegner derartig mit erdichteten Beschuldigungen zu überhäufen, daß es nicht leicht ist, alle Unwahrheiten alsbald zu widerlegen. Wir beschränken uns daher vorläufig darauf, die polnische Behauptung, daß wir die Angriffe nicht eingestellt, zurückzuweisen.

Handelsverbot.

Helsingfors, 26. Febr. Die englische Regierung hat allen Handel zwischen Deutschland und Finnland untersagt. Die finnischen Reedereien stellen den Verkehr ein.

Hamburg, 26. Febr. Ein zur Ablieferung bestimmtes von dem Dampfer „Roland“ geschlepptes Tauchboot ist auf der Doggerbank gesunken.

Die „internationale“ Wasserstraße.

London, 26. Febr. Auf Anfragen im Unterhaus, ob Schelde und Rhein für Truppentransporte nutzbar gemacht werden, erwiderte Hauptmann Gues, das Kriegsamt hoffe, in Kürze einen solchen Dienst einzurichten. Bisher könnten wegen Mangels an Schiffen nur sehr wenige Truppen auf diesem Wege befördert werden.

Heimkehr.

London, 26. Febr. (Reuter.) General von Lettow-Forbeck ist an Bord des Dampfers „Feldmarschall“ in Plymouth eingetroffen. In Begleitung des Generals befinden sich die Mitglieder seines Stabs, einige deutsche Kriegsgefangene und eine bewaffnete Wache.

Brüssel, 26. Febr. Der erste Sonderzug mit den aus Brüssel abgeschobenen Staatsangehörigen der mächte ist am Montag abgefahren.

Konstantinopel, 26. Febr. 750 deutsche Zivilpersonen sind am 18. Febr. an Bord des Dampfers „Corcovada“ von Konstantinopel nach Triest abgeweis.

Verhaftung.

Wien, 26. Febr. Der kommunistische Agitator Paul Friedländer, der wesentliche Schuld an den blutigen Unruhen in Graz trägt und der dann flüchtig ging, ist in Brück am Bur verhaftet worden.

Tschechischer Angriff gegen Ungarn.

Budapest, 26. Febr. Die Tschechen haben in Komorn auf der rechten Donau viel Artillerie zusammengezogen und von Ungarn und Preßburg Truppen herangeführt, um bei Komorn den Uebergang über die Donau zu erzwingen. Der Kriegsminister Böhm hat bewaffneten Widerstand befohlen.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 26. Febr. Frankreich verlangt die Aufhebung des Vertrags von Algeras, damit es Deutschland unmöglich gemacht werde, in Marokko seine feindseligen Absichten zu erneuern. (Diese „Feindseligkeit“ besteht darin, daß einige deutsche Firmen, darunter Mannesmann, Bergwerksgeräten in Marokko besäßen, die ihnen der Vertrag sicherte. Bei Kriegsausbruch hat sich Frankreich bekanntlich der Werke bemächtigt und die Betriebsbeamten gefangen gesetzt, einige davon sogar erschossen. D. Schr.)

London, 26. Febr. Die „Times“ meldet aus Washington, der demokratische Senator Reed habe erklärt, der Völkerverbund bedeute die Preisgabe der Monroe-Lehre. Amerika müsse, wenn es dem Völkerverbund beitrete, seine Beschlüsse und Grundsätze einer Gruppe von fremden Nationen zur Begutachtung vorlegen.

Paris, 26. Febr. (Reuter.) Das Sinn Feiner-Mitglied des Dubliner Parlaments Kelly ist hier als

Ungläubigster Gesandter der vorläufigen Regierung der irischen Republik eingetroffen. Er sandte der Friedenskonferenz einen Brief, in dem er Anerkennung der Unabhängigkeit Irlands und Zulassung Irlands zum Völkerverbund verlangt.

Das deutsche Militärmaterial in Frankreich.

Paris, 26. Febr. Ein Rundschreiben des Marschalls Foch an die verschiedenen amtlichen Stellen bestimmt, daß das Militärmaterial des deutschen Heeres, das nicht weggeschafft wurde, nach dem 11. Nov. 1918 nicht mehr veräußert werden dürfe, daß somit dieses gesamte Material, soweit es in Privat Hände gelangt sei, wieder herausgegeben werden müsse.

Paris, 24. Febr. (Havas.) Der Zustand Clemenceaus ist so befriedigend wie möglich.

Die Bergarbeiterfrage in England.

London, 26. Febr. (Reuter.) Lloyd George erklärte im Unterhaus, er könne den Forderungen der Bergarbeiter nach einer 30prozentigen Lohnerhöhung und dem Stillstande statt dem 8stündigen Arbeitstag seine Einwilligung nicht geben, bevor eine sorgfältige Untersuchung der Folgen, die diese in den anderen Betrieben haben werden, stattgefunden habe. Wenn man diese Forderungen bewillige, würden vielleicht Hunderttausende von Menschen ihre Stellen verlieren und dies würde eine Verminderung des Kohlen-, Eisen- und Stahltransportes und des Handels zur Folge haben können.

London, 26. Febr. Die Arbeiterpartei hatte zum Kohlengegentwurf einen Zusatz beantragt, das Gesetz solle sich mit der Durchführung der Verstaatlichung der Bergwerke und nicht bloß mit der grundsätzlichen Anerkennung der Verstaatlichung befassen. Die Regierung besitze genügend aufklärendes Material, um die Lohn- und Arbeitsstundenfragen zu erledigen. Die jetzige Regierungsvorlage bezwecke nur eine Verschleppung der Arbeiterforderungen. Das Unterhaus lehnte den Zusatz der Arbeiterpartei mit 257 gegen 43 Stimmen ab.

London, 26. Febr. Der sogenannte Arbeiterdreibund (Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter) beriet über die Frage, ob ein gemeinsames Vorgehen zu unternehmen sei, um die Forderungen der Bergarbeiter zu unterstützen. Die Versammlung beschloß, sich zu vertagen, bis jeder der drei Verbände zu weiteren Verhandlungen Gelegenheit gehabt haben würde. Kein Teil soll einem Abkommen zustimmen vor der nächsten Konferenz, die noch vor dem 15. März abgehalten sei. Dem Beschluß wird für die Entscheidung der Arbeiterfrage große Bedeutung zugemessen.

Washington, 26. Febr. (Reuter.) Wilson ist am Morgen angekommen. Das Kabinett tritt am Nachmittag zusammen.

Wilson hat die Gesetzesvorlage, durch die den Kriegsgewinnern eine Steuer von 6 Milliarden Dollars (25,2 Milliarden Mark) auferlegt wird, unterzeichnet.

New York, 26. Febr. Die Polizei hat in d. m. Klub der 14 Spanier, die wegen Verschwörung gegen Wilson verhaftet wurden, anarchistische Propagandaflyerschriften entdeckt. Verschiedene russische Bolschewisten, die an dem Anschlag beteiligt waren, sind verhaftet.

Berlin, 26. Febr. Die Reichsregierung hat an die Alliierten die Bitte gerichtet, die vorzusehenden 30 000 Tonnen Schweinefleisch und 250 000 Kisten eingedickte Milch angesichts der deutschen Notlage sofort zu liefern.

Erfurt, 26. Febr. Die hiesige Arbeiterschaft ist heute morgen um 9 Uhr in den Generalstreik eingetreten.

Mannheim, 26. Febr. Der am 23. Februar hier durchgeführte Putschversuch war von langer Hand vorbereitet. Als Tag der Ausführung war zwar nicht der Samstag oder Sonntag in Aussicht genommen, vielmehr sollte der Putsch erst 14 Tage später vor sich gehen. Durch den Tod Eisners ist die Sache jedoch früher ins Rollen gekommen. Die Bewaffnung der Spartakisten ist so umfangreich, daß man damit ein kriegsstarke Regiment ausrüsten könnte. Einen großen Teil der Waffen haben sie sich dadurch verschafft, daß sie das aktive Bataillon 110 entwaffneten. Uebrigens ist festgestellt worden, daß die Mannheimer Spartakisten auch mit auswärtiger Verbindung suchten; man weiß, daß noch in verschiedenen badischen Städten sich Spartakistengruppen befinden.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 26. Febr. Oberkommando Nord meldet: Bei Argentan und Vicen südlich Hohenauisburg haben die Polen am 20. und 21. Febr. durch Patrouillen-Angriffe den Waffenstillstand gebrochen. — Die Polen haben die Front bis etwa zum Nieren genommen.

In der Gegend Onita wurden Nutrimance und Stollischki von unseren Truppen genommen.

Am 21. Febr. wurde Goldingen erneut von starken Bolschewisten-Banden angegriffen. Der Angriff wurde abgeschlagen.

Litauen, 26. Febr. Die Stadt Windau wurde durch einen gleichzeitigen Angriff auf der Land- und See-Seite, an dem reichsdeutsche Truppen und deutschbaltische Landwehr beteiligt waren, nach heftigem Kampfe eingenommen.

Abtransport der Deutschen aus China.

London, 26. Febr. Nach Reuter sind 4 Schiffe bereitgestellt, um alle in China befindlichen Deutschen (2500) mit Ausnahme einiger Missionare nach Rotterdam zu befördern.

Revolution in Italien?

Berlin, 26. Febr. Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist in Italien die Revolution ausgebrochen. Der König ist ermordet.

(König Viktor Emanuel III. ist 11. Nov. 1869 geboren und seit 1896 mit Prinzessin Helene von Montenegro vermählt. Er hat fünf Kinder, vier Töchter und einen Sohn, den Kronprinzen Humbert geb. 1904.)

Baden.

(-) **Karlsruhe**, 26. Febr. Im Sitzungssaal der Zweiten Kammer fand gestern nachmittag auf Einladung der Regierung eine aus dem ganzen Land sehr zahlreich besuchte Versammlung von Verlegern und Redakteuren

id. Blätter statt, um den Presseberatern Gelegenheit zu geben, sich über die augenblickliche Lage genau zu unterrichten. Justizminister **M a r u m** verbreitete sich über die politische Lage. Er betonte, daß wir uns heute noch im Stadium der Umwälzung befinden. Leider sei durch den Krieg die Bevölkerung so abgestumpft worden, daß ihr der Blick für die politischen Erfordernisse der heutigen Zeit vielfach verloren geht. Ernährungsminister **T r u n l** schilderte den Ernst der Ernährungslage. Das Verlangen nach Abbau der Zwangsverwaltung sei verfehlt. Das letzte Ei und das letzte Stübchen Mehl, das der Landwirt entbehren kann, müsse in die Städte geliefert werden. Schlimm sehe es um die Kartoffelversorgung, da die Zufuhren aus Norddeutschland und Bayern vollständig versagt haben. Man hofft später aus Italien Frühkartoffeln zu bekommen. Bei der Fleischversorgung werde mit einer Einschränkung zu rechnen sein. Finanzminister **D r. W i r t h** beleuchtete die finanzielle Lage. Der gesunde Stand der badischen Papiere sei darauf zurückzuführen, daß wir bis jetzt Ruhe im Lande hatten. Der Staatsbankrott ist vermeidlich, wenn in Deutschland die Vernunft die Oberhand behalte und überall gearbeitet werde. Die gesetzliche Arbeitspflicht werde nicht zu umgehen sein. Eine gewaltige Vermögensabgabe sei nicht zu vermeiden. Sparsamkeit müsse wieder in allen Kreisen einziehen.

(-) **Karlsruhe**, 26. Febr. Die französische Militärbehörde hat angeordnet, daß alle militärischen Briefschaften sofort aus der neutralen Zone entfernt werden müssen. Die bei ihr beantragte Freigabe der Jagd in der neutralen Zone hat keine Genehmigung gefunden. Es sollen künftig nur Treibjagden auf Raubvögel zugelassen werden, die aber der Genehmigung des Abkommens 5 der neutralen Zone bedürfen. In der Zweikilometerzone östlich des Rheins sind Jagden jeder Art überhaupt verboten.

(-) **Karlsruhe**, 26. Febr. Beim Bezirkskommando Karlsruhe melden sich andauernd Leute mit dem Wunsche um Einstellung in das japanische Heer. Es wird darauf hingewiesen, daß weder beim Bezirkskommando noch bei anderen amtlichen Stellen von derartigen Anwerbungen etwas bekannt ist. Es handelt sich hier also lediglich um Gerüchte.

(-) **Karlsruhe**, 26. Febr. Der gestrige Tag ist hier völlig ruhig verlaufen. Zum Generalfreitag, von dem gesprochen wurde, ist es nicht gekommen. Auch im Lande war die Ruhe nirgends gestört.

(-) **Karlsruhe**, 26. Febr. Die Wildbestände in Großherzoglichen Wildpark sind in den letzten Jahren etwas um ein Drittel zurückgegangen. Einestheils durch die große Futternot im Jahre 1916, andererseits dadurch, daß Großherzog Friedrich II. zahlreiche Hirsche, Rehe und Wildschweine abschleichen ließ, um dann das Fleisch an die Lazarette zur Wundheilung der Fleischwunden zu lassen. Den empfindlichsten Eingriff in den Tierbestand des Wildparks stellten aber die Jagdrevolver dar, die eine ganze Reihe von Burichen aus Friedrichstal und Mantelrod im Laufe des Dezembers bis in die Mitte des Januar Tag für Tag daran verübten. Mit deutschen und französischen Militärgepöckeln schossen sie Hirsche, Rehe und Wildschweine zusammen, eine Anzahl der Tiere schoß sie auch nur an, so daß sie verblühten. So fand man die Kadaver von etwa 50 Hirschen und von 10 Wildschweinen. Wieviel Tiere die Gezellen getötet haben konnte nicht festgestellt werden, doch vermutet man, daß sich täglich 18 bis 20 Stück aneigneten. Das Fleisch verkauften sie oder verwandten es für sich.

Mannheim, 26. Febr. Der am 23. Februar bei durchgeführte Putzversuch war von langer Hand vorbereitet. Als Tag der Ausführung war zwar nicht der Samstag oder Sonntag in Aussicht genommen, vielmehr sollte der Putz erst 14 Tage später vor sich gehen. Durch den Tod Eisners ist die Sache jedoch früher ins Rollen gekommen. Die Bewaffnung der Spartakisten ist so umfangreich, daß man damit ein kriegsstarres Regiment ausrüsten könnte. Einen großen Teil der Waffen haben sie sich dadurch verschafft, daß sie das aktive Bataillon 110 entwaffneten. Uebrigens ist festgestellt worden, daß die Mannheimer Spartakisten auch mit auswärtiger Verbindung suchten; man weiß, daß noch in verschiedenen badischen Städten sich Spartakistengruppen befinden.

(-) **Wörzheim**, 26. Febr. Schumann Wilh. W a l t e r ist nach schwerem Leiden seinen Stichverletzungen erlegen, die er in der Neujahrsnacht beim Erschlagen von Streitkräften erhalten hatte. Der Täter befindet sich in Haft.

(-) **Nastatt**, 26. Febr. Das allen bekannte Gasthaus „Blauen Kay“ ist für 52000 Mk. vom katholischen Gesellenverein erworben worden.

(-) **Konstanz**, 26. Febr. Die Polizei verhaftete zwei entlassene Soldaten, die vor einiger Zeit in einer hiesigen Maschinenfabrik Dreibriemen im Wert von etwa 4000 Mk. gestohlen haben.

(-) **Titisee**, 26. Febr. Der soz. Abgeordnete der deutschen Nationalversammlung **S c h ö p f l i n** ist zum Gouverneur von Berlin ausersehen. Schöpflin ist in Titisee geboren; er ist jetzt 49 Jahre alt.

Wutmaßliches Wetter.

Die Störungen dauern immer noch fort. Auch am Freitag und Samstag ist vorwiegend nasskaltes Wetter zu erwarten.

Württemberg.

Aufruf der Staatsregierung.

Stuttgart, 26. Febr. An die Arbeiter e. läßt die württ. Staatsregierung einen Aufruf. Für Donnerstag, den 24. Februar, hat Spartakus einen Kampf gegen die Regierung angelegt, um sie zu stürzen und in Autvergießen und Plünderung die Schreckensherrschaft aufzurichten. Dazu will das kleine Häuflein unter dem schwindelhaften Vorwand, die „Gegenrevolution“ zu bekämpfen, die Massen der Arbeiter benützen. Die Arbeiter sollen sich von den Demonstrationen und dem Generalfreitag ablehnen und sich gegen die Vergewaltigung und Bedrohung durch unreife Burichen wehren. Die Regierung ist fest entschlossen, gegen die Gewalt der Spartakisten Gewalt zu setzen; sie wird alle Gewalttätigkeiten rücksichtslos niederverwerfen und gegen Veränderungen mit der vollen Schärfe des Gesetzes vorgehen.

(-) **Stuttgart**, 25. Febr. (Aus dem Finanzausschuß.) Der Finanzausschuß nahm den Antrag **H a u s m a n n** u. Gen. (D.D.P.) über die Hilfe für württ. Kriegsteilnehmer aus der Schweiz einstimmig an. Ein weiterer Antrag **H a u s m a n n** über Rücküberführung der deutschen Kriegsgefangenen in Verbindung mit einem ähnlichen Antrag **B a z i l l e** (B.P.), wurde auf Grund eines Antrags **G r a f** (Z.) u. Gen. mit einer kleinen Abänderung als gemeinsamer Antrag sämtlicher Parteien einstimmig angenommen. Ebenso ein Antrag **K u r z** (S.G.) u. Gen., daß die Bewilligung der Löhnung an Angehörige von Kriegsgefangenen weiters erfolgt und daß die Bedürfnisfrage entgegenkommend behandelt wird. Vom Abg. **H e r r m a n n** (D.D.P.) u. Gen. wurde der Antrag gestellt, daß Kriegsteilnehmern, die noch auf Grund der bestehenden Bestimmungen keine Entlassungsanträge erhalten haben, ein solcher einschließl. Fußbekleidung noch nachträglich zugestimmt wird; dieser Antrag wurde mit dem Zusatzantrag **G r a f** (Z.) u. Gen.; soweit die Vorräte der Heeresverwaltung hierzu nicht ausreichen, solle eine entsprechende Entschädigung gemäht werden, einstimmig angenommen.

(-) **Stuttgart**, 25. Febr. (Aus dem Verfassungsausschuß.) In § 14 Abs. 2 (Übertragung des Eigentumsrechts des Staats an kirchlichen Gebäuden und Grundstücken auf die beiden Kirchen) bemerkte Ministerialrat **M e y d i n g**: Das Eigentum an den bisherigen Staatsforsthäusern soll auf die Kirche übergehen. Diese Bestimmung sei auf die Bitte der evang. Landeskirchenbehörde ausgenommen worden. Der Bauaufwand sei bei Bemessung der Renten mit zu berücksichtigen. Kultminister **H e y m a n n** erwiderte von der Resolution der Bürgerpartei abzusehen; diese laute: „Die Landesversammlung wolle sich dafür aussprechen, daß unter den kirchlichen Gebäuden und Grundstücken auch die niederen und Filialen Konvikte und Seminare begriffen sind.“ Die genannten Gebäude sollten ihrem Zwecke nicht entzogen werden. Die drei Absätze des § 14 wurden dann nach dem Regierungsentwurf angenommen; er lautet:

Abs. 1: Zur Abfindung ihrer Vermögensansprüche an den Staat erhält die evang. und die kath. Kirche eine unveränderliche Geldrente; die Renten sind unter Berücksichtigung der Mitgliederzahl beider Kirchen nach ihren bestehenden Bedürfnissen zu bemessen. Streitigkeiten über die festgesetzten Renten einschließl. der Verwaltungsgeschäfte.

Abs. 2: Die kirchlichen Gebäude und Grundstücke des Staates werden in das Eigentum der Kirchen übertragen.

Abs. 3: Ein Gesetz regelt das Nähere; bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes werden die Bedürfnisse beider Kirchen nach den bisherigen Grundstücken aus der Staatskasse bestreiten. Die Resolution **W u r t t e r** (B.P.) betr. Konvikte wurde mit 15 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde eine weitere Resolution **W u r t t e r** zu §§ 13 und 14 mit 15 gegen 9 Stimmen angenommen: „Das Gesetz auf das hier Bezug genommen ist, soll nach Anhörung der beteiligten Kirchenbehörde vorbereitet und ausgeführt werden.“

(-) **Stuttgart**, 26. Febr. Beamtenbund. Gestern wurde in einer Versammlung von Beamten des mittleren Verwaltungsdienstes die Frage der Gründung eines Beamtenbundes beraten. Ein Ausschuß wird die Einberufung einer Landesversammlung der in Betracht kommenden Beamten vorbereiten.

(-) **Unterlärheim**, 26. Febr. (Generalfreitag.) In einer von der U.S.P. einberufenen Versammlung der Arbeiter der Daimler-Gesellschaft wurde beschlossen, in den nächsten Tagen in dem ganzen Industriegebiet Stuttgart Arbeiterversammlungen zu berufen, die ohne Beteiligung der Führer abgehalten werden sollen. Ferner soll eine Kommission eingesetzt werden, die einen Generalfreitag zum Protest gegen die Reaktion vorbereiten soll.

(-) **Leonberg**, 26. Febr. (Von der Presse.) Die Lindberger'sche Buchdruckerei in Leonberg ist mit dem neuen, an der Stuttgarterstraße gelegenen Druckereigebäude käuflich in die Hände des Dr. Schmid aus Gebersheim übergegangen. Die Übernahme des Geschäftes erfolgt am 1. April d. J.

(-) **Heilbronn**, 26. Febr. (Generalfreitag.) Der hiesige Arbeiterrat hat unter Zustimmung der Gewerkschaften für heute Mittwoch den Generalfreitag angeündigt. Er bezweckt die Kundgebung für die Sicherung der Erwerbslosen der Revolution und für wirtschaftliche Forderungen an die Arbeitgeber.

(-) **Neutlingen**, 26. Febr. (Ueberraschung.) Auf dem Bahnhof wurden zwei Gendarmen, die bei Münsingen einen Offizier angefallen und beraubt hatten, vor dem verfolgenden Unteroffizier abgestraft.

(-) **Mönsingen**, 26. Febr. (Das Gewissen.) Beim hiesigen Schultheißenamt lief ein Brief ein mit dem Poststempel **N o t t e n b u r g**, dem zwei 5-Mark-Scheine beigelegt waren. Der Brief enthielt die Worte: „Dieses Geld gehört dem Kommunalverband.“ Unterschrieben fehlte.

(-) **Sehingen**, 26. Febr. (Unsaubere Elemente.) Einer der Hauptführer der Sigmaringer Demonstration, **W e r t K a l m b a c h e r**, wurde von der hiesigen Strafkammer wegen Einbruchdiebstahls zu 1 Jahre Zuchthaus verurteilt.

Die Düngermittelnot.

Wie die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft in einer Denkschrift an die Reichsversammlung und die Reichsregierung ausgeführt hat, wird die Ernährung des deutschen Volks in diesem Jahre sehr durch den Mangel an Düngermitteln erschwert in Frage gestellt.

Der Ackerbestand, der Hauptproduzent des natürlichen Düngers ist, wenn man nicht nur die Zahl, sondern auch das Alter, sowie die Beschaffenheit, wohl auf 40 Prozent zurückgegangen, u. a. Schweine sind nur noch 20 Prozent vorhanden. Der Stalldünger ist aber nicht nur an Menge zurückgegangen, sondern in erheblichem Maße auch an Beschaffenheit, weil es Deutschland fast völlig an Kraftfutter fehlt, von welchem es vor dem Kriege jährlich 3 Millionen Tonnen einführte hat, w. d. der seinen Gehalt an Stickstoff und Phosphorsäure bildet.

Aber nicht nur an natürlichem, sondern auch an künstlichem Dünger herrscht infolge der Blockade und der Waffenstillstandsbedingungen der größte Mangel. Die deutsche Landwirtschaft hat in Form von Kunstdünger aller Arten in Friedenszeiten verbraucht: 210 000 Tonne Stickstoff, 630 000 Tonne Phosphorsäure, 557 000 Tonne Kalk.

Für die kommende Ernte stehen, wie man an unterrichteter Stelle meldet, im günstigsten Falle zur Verfügung: 80 000 (11) Tonne Stickstoff, 210 000 Tonne Phosphorsäure, 520 000 Tonne Kalk.

An Stickstoff könnten wir zwar mit Hilfe der im Kriege gebauten Fabriken mehr als das Doppelte des Bedarfs der deutschen Landwirtschaft herstellen. Allein wegen Arbeiter- und Kohlenmangels kann der Betrieb nur in sehr geringem Umfang aufrecht erhalten werden. Dem Arbeitermangel leide sich durch eine vernünftige Arbeiterpolitik steuern, der Kohlenmangel aber wird infolge der uns durch die Waffenstillstandsbedingungen auferlegten Verkehrsmateriallieferungen erst nach langer Zeit abgestellt werden können, da hier die Transportfrage eine große Rolle spielt. So ist dringend zu befürchten, daß die erzeugten Stickstoffmengen für die nächste Ernte nicht mehr in Betracht kommen!

Die nur ein Drittel des Friedensbedarfs betragende Phosphorbedeckung ist darauf zurückzuführen, daß neben der fehlenden Einfuhr von Isersee mindestens 50 Prozent der Thomasmehl-Erzeugung im inkrichischen Gebiet gelegen ist, und daß die Ernte trotz aller Vorleistungen bisher nicht genützt ist, uns auch nur die Ausfuhr eines Zentners Phosphorsäure aus dem inkrichischen Gebiet zugesichert. — Die Kalkdüngung könnte, da wir ausserhalb über Mengen, die dem Friedensbedarf entsprechen, verfügen, wenn auch nicht in großem Maße. Sie wird aber durch den drückenden Mangel an Transportmaterial wenigstens zum großen Teil in Frage gestellt.

Besonders schwere Gefahr droht durch den Mangel an Transportmitteln auch der Erzeugung unseres Hauptnahrungsmittels, der Kartoffel. Infolge der schlechten Verkehrslage wird es nicht möglich sein, die Saatkartoffeln, bei denen es sich um außerordentlich große Mengen handelt, rechtzeitig vom Ort der Erzeugung zum Verbraucher zu bringen, so daß große zum Kartoffelbau bestimmte Flächen wegen Saatmangels nicht bestellt werden können. Bringen wir rechtzeitig die durch die erzwungene Abgabe der ungeheuren Mengen landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte stark beeinträchtigte Bodenkultur in Anrechnung, so werden wir für das Jahr 1919 selbst bei zimmermaßen günstigen Witterungsverhältnissen wohl nur mit einer halben Ernte rechnen können und auch bei der Ernte des Jahres 1920 und womöglich noch der folgenden Jahre werden sich die gefährlichen Zustände noch auf das schwerste bemerkbar machen.

Nur eine schnelle Freigabe von künstlichem Dünger aus den inkrichischen Gebieten und eine erhebliche Milderung der Auslieferungspflicht für Transportmaterial und landwirtschaftliche Maschinen und Geräte würden die Ernährungsschwierigkeiten für das kommende Jahr auf ein erträgliches Maß herabmindern können.

Bermischtes.

Erwerbslosenunterstützung. Die Stadt Berlin hat in der Zeit vom Februar 1918 bis 8. Februar 1919 34,5 Millionen für Erwerbslosenunterstützung verausgabt. In den letzten Wochen ist die Unterstützung auf täglich fast eine Million gesunken und sie wird in den nächsten Wochen, da die Zahl der Erwerbslosen ständig zunimmt, eher größer als kleiner werden, trotzdem vom 1. März ab die Tagesätze ermäßigt werden.

Streik der Bauern. Aus Westfalen wird der „Deutschen Tageszeitung“ geschrieben, der Unwillen der bäuerlichen Bevölkerung über die unwilligen Streiks der Bergarbeiter bzw. der Kommunisten sei jetzt so groß, daß sie dem Streik einen Streik von ihrer Seite entgegenzusetzen wolle. Vieles werde in den ländlichen Gemeinden davon gesprochen, die Lieferung von Korn, Vieh, Milch, Butter, Eier usw. in die Städte einzustellen. Ein Gemeindevorsteher berichtet, er sei mit der Viehkommission von Stall zu Stall gegangen, um ein Stück Vieh aufzutreiben, es sei aber keines zu bekommen gewesen. In vielen Gemeinden haben die Viehkaufkommissionen bereits ihre Tätigkeit eingestellt. Infolge der vermehrten Fleischration seien die Städte auch so stark entvölkert, daß auf Monday Hof am 15. Morgen noch ein Stück Vieh komme. Wenn die Entvölkerung der Landwirtschaft weiter steige, so sehe man vor einer Katastrophe.

Die Grippe in Frankreich. Von Paris wird berichtet, daß die Grippeepidemie zu. In Paris werden durchschnittlich 240 Kranke täglich in die Krankenhäuser eingeliefert. — Auch in England nimmt die Grippe neuerdings stark zu.

Erwerbslosenstatistik. Nach einer Mitteilung des württ. Landesamts für Arbeitsvermittlung wurden auf 10. Februar aus den 64 Oberämtern des Landes 25 134 Erwerbslose gemeldet (gegen 25 852 am 29. Januar), die sich auf 14 679 Männer, 7634 Frauen und 2821 Jugendliche verteilen. Die Stadt Stuttgart mit 10 626 Erwerbslosen steht an erster Stelle, dann folgt das Oberamt Göppingen mit 2406 und das Oberamt Heilbronn mit 1512 Erwerbslosen.

Die neue Biersteuer. Nach dem Gesetzentwurf für die Besteuerung des Bieres unterliegt der neuen Biersteuer nur das in Württemberg hergestellte und verbrauchte Bier, während das unter Steuerfreiheit aus Württemberg ausgeführte Bier von der Steuer befreit ist. Die Steuer beträgt für das Hektoliter von den ersten 1500 Hekt. 9,50 Mk., von den folgenden 3000 Hekt. 10 Mk., von den folgenden 3500 Hekt. 10,50 Mk., von den folgenden 10 000 Hekt. 11 Mk., von den folgenden 20 000 Hekt. 11,50 Mk., von den folgenden 30 000 Hekt. 12 Mk., von den folgenden 60 000 Hekt. 12,25 Mk., von dem Rest 12,50 Mk. Diese Steuerläge ermäßigen sich für Einfuhrbier und erhöhen sich für Starkbier je um die Hälfte. Die Steuerpflicht tritt ein, sobald das Bier aus der Brauerei entfernt oder in der Brauerei getrunken wird. Zur Bierbereitung dürfen andere Stoffe als geschrotetes Malz, Hopfen, Hefe und Wasser nicht verwendet werden. Das Gesetz tritt am 1. April 1919 in Kraft. Der künftige Gesamttertrag an Biersteuer wird auf 35 839 794 Mk. und der Gesamttertrag für die Landeskasse auf 17 242 567 Mk. berechnet. Dies ergibt einen Mehrertrag für die Landeskasse von 9 880 649 Mk. und zusammen mit der Erhöhung des Ausgleichungsbeitrags von 12 452 833 Mk. im ganzen ein Mehr von 22 333 489 Mk.

Die württ. Regierung ist bereit, auf ihr Sonderbiersteuerrecht gegen angemessene Entschädigung durch das Reich zu verzichten und in die deutsche Biersteuer gemeinschaftlich einzutreten. Wenn die diesbezüglichen Verhandlungen Erfolg haben, so würde der neue Biersteuerertrag einseitig auf die Reichskasse übergehen.

Die Spitzbuben! Wie die „Voss. Ztg.“ mitteilt, sind nach den letzten Einbrüchen auf den Einfall gekommen, der Wohnung des früheren Polizeipräsidenten **E i c h h o r n** in Berlin einen Besuch abzustatten. Dabei ist ihnen eine stattliche Menge Lebensmittel, Schmalz, Butter, Eier, Wurst, Fleisch, sowie große Mengen feiner Wäsche und Kleidung in die Hände gefallen. Allem Anschein nach ist der Einbruch von früheren Sicherheitsbeamten begangen worden.

Wirtt. Sparkasse. Nach dem Rechnungsschluss auf das Jahr 1918 betragen die Einlagen 97 Millionen Mk., die Rückzahlungen (ohne die Kriegsanleihe-Zericherungen mit 9 Mill.) 32 Millionen Mk. Demnach ergibt sich ein Ueberschuss der Einlagen von 65 Millionen bzw. 56 Millionen. Das Guthaben der Einleger beträgt 338 Millionen Mk.

Die Kohlenpreise bleiben nach dem Beschluss des Rheinisch-Westfälischen Kohleninstituts bis 31. März unverändert, obgleich die Zechen mit Verlust arbeiten.

Gebäudebrandschaden. Die Umlage des Gebäudebrandschadens beträgt für das Kalenderjahr 1919 in Württemberg 11 Pfennig für je 100 Mk. des Umlagekapitals.

Der 1918er Wein. Der Weinertrag von 1918 stellt sich höher heraus als angenommen wurde. Nach der Statistik des Wirtt. Stat. Landesamts betrug der Weinertrag 204 788 Hekt. oder 18,7 Hekt. auf 1 Hektar im Ertrag stehende Fläche, d. i. nur 18 Prozent weniger als 1917. Der Güte nach steht der 1918er Wein hinter dem sehr guten 1917er Jahrgang weit zurück und kommt ungefähr dem Jahrgang 1916 gleich. Den verhältnismäßig besten Ertrag hat das Zabergäu aufzuweisen. Der Geldwert des gesamten Weinertrages von 1918 berechnet sich zu 72 232 335 Mk., übersteigt also noch den Geldwert von 1917 (68 Mill. 966 329 Mk.) trotz des 1917 wesentlich höheren Ertrags. Der durchschnittlich auf 1 Hektar entfallende Geldertrag berechnet sich zu 6586 Mk. gegen 6283 Mk. im Jahre 1917 und 945 Mk. im Jahr 1916.

Ziehunde gesucht. Die Heeresverwaltung sucht für sofort Ziehunde, mindestens 55 Ctm. groß und nicht über 6 Jahre alt, rauhaarige Rassen bevorzugt. Angebote an die Kriegshundmeldestelle Stuttgart, Direktor Kirchberger, Stiefenburgerstraße 16.

Ueber die Lage des deutschen Arbeitsmarktes im Januar 1919 berichtet das vom Stat. Reichsamt herausgegebene Reichs-Arbeitsblatt in seinem Jahrbuch: Die Berichte zeigen, daß die Wirtschaftslage im Januar eine weitere Verschlechterung aufweist. Gewalttätige Austragungen von Lohnstreitigkeiten, die auf immer weitere Kreise übergreifen, vielfach jegliches Verhältnis für die wirtschaftlichen Zusammenhänge vermissen lassen und sich zu einem nationalen Unglück auszuwirken drohen, sowie mutwillige Streikaustritte, die teilweise auch politische Natur sind, bedrohen die wirtschaftliche Grundlage des Reichs. Die einzelnen Industriezweige werden auf schärfste befaßt, und der so dringend notwendige wirtschaftliche Aufbau immer weiter verzögert. Der Unternehmungsgeist ist so gut wie gelähmt, da jegliche Betriebsanordnungen fast unmöglich gemacht werden; dazu kommt die immer stärkere Arbeitsunlust und zurückgehende Arbeitsleistung innerhalb eines großen Teils der Arbeiterschaft, die teils auf die ungenügenden Ernährungsverhältnisse, aber auch auf andere Ursachen, wie z. B. auf die Umänderung der Akkordarbeit in Stundenlohn, zurückzuführen sind. Dadurch und durch den schließlichen und zunehmenden Kohlenmangel sowie die Beschränkung der Beschäftigungsgrade immer ungenügender; Betriebsbeschränkungen und -einstellungen sowie Verkürzung der Arbeitszeit immer zahlreicher. Die Zahl der Arbeitslosen stieg in Deutschland von rund 500 000 anfangs Januar auf über 900 000 Anfang Februar.

Der Verkauf des Heeresguts. Verschiedentlich wird Klage geführt, daß die Preise beim Verkauf des Heeresguts zu hoch seien und deshalb vielfach keinen Anreiz zur Steigerung der Produktion bieten. Wenn zu den außerordentlich gesteigerten Arbeitslöhnen und Rohstoffpreisen und zur Verminderung der Arbeitszeit noch teure Betriebsmittel kommen, so wird die Erzeugung allerdings noch wesentlich erschwert. Daher wird vorgeschlagen, das Heeresgut unmittelbar an die Verbraucher zu verkaufen, die den bestehenden mißlichen Verhältnissen im Sinne einer gesteigerten Produktionsmöglichkeit Rechnung tragen, abzusehen, wofür die sichere Gewähr gegeben ist, daß die billigere Abgabe nicht spekulativem Zwischenhandelsgeheim mißbraucht wird. Daneben soll eine verschärfte Aufsicht der unrichtigsten Veräußerung von Heeresgut vorgehen.

Frankreich und die Pfalz.

D.P.C. Die französische Stimmungsmache für einen Anschluss der Pfalz an Frankreich, zum mindesten des Gebietes von Landau und der südlichen Teile der Westpfalz nimmt augenblicklich, wie man uns mitteilt, Formen an, gegen die wir uns zur Wehr setzen müssen. Das französische Oberkommando in Landau hat eigens zu diesem Zwecke eine Preisabteilung eingerichtet, die weiter nichts tut, als alle zwei bis drei Tage einen Artikel zu schreiben, den die pfälzischen Zeitungen bei Androhung des Zeitungsverbot abdrucken müssen. Jetzt wird gar das Gerücht verbreitet, daß bereits eine Liga für den Anschluss an Frankreich gebildet sei, die von den französischen Behörden eifrig gefördert werde.

Gegen dieses französische Vorgehen, dem auch nicht der geringste Rechtmittel zugrunde liegt, muß schärfste Verwahrung eingelegt werden. Es ist selbstverständlich, daß die Lockungen der Franzosen bei der überwältigenden Mehrheit der Pfälzer Bevölkerung keinen Boden finden werden. Aber alle Welt soll wissen, daß Deutschland niemals darin einwilligen wird, daß jemals Teile der deutschen Pfalz an Frankreich abgetreten werden.

Eine Eingabe an den Reichs-Ernährungsminister.

D.P.C. Der landwirtschaftliche Ausschuss der Deutschen demokratischen Fraktion in der Nationalversammlung hat unter dem 21. ds. Mts. die nachstehende Eingabe an den Reichs-Ernährungsminister gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Minister!
Wie bereits oft dargelegt, entwickeln sich die Verhältnisse bezüglich der Viehwirtschaft durch die für den reduzierten Bestand viel zu umfangreichen Viehanforderungen für Schlachtzwecke so ungünstig, daß schon von einem völligen Zusammenbruch unserer Viehwirtschaft gesprochen werden muß. Es müssen daher alle Mittel und Wege in Anspruch genommen werden, um gerade in der jetzigen Zeit die Abschichtung der Rindviehbestände soweit wie irgend möglich einzuschränken.“

Nach zuverlässigen Angaben sollen sich im Bestreben des Reichs große Mengen Fleischdauerwaren in Gestalt von Fleischkonserven befinden, deren Heranziehung zur Volksernährung im allgemeinen Interesse dringend geboten erscheint. Wir bitten daher:

1. umgehen eine Aufnahme der gesamten Bestände an Fleischdauerwaren einschließlich Konserven zu veranlassen;
2. die vorhandenen Fleischdauerwaren zur Ver-

forgung der Bevölkerung mit Fleisch für die Zeit bis zum 15. Juli 1919 zu verwenden und in entsprechendem Umfang die Schlachtungen von Magervieh einzuschränken;

3. insbesondere für die nächsten Monate die Abschichtung der Magerviehbestände in den Weidegegenden soweit möglich gänzlich einzustellen, da bereits im letzten Jahre die Fettweiden aus den für die Weidemaß gezüchteten und dafür am besten geeigneten Beständen nicht ausreichend besetzt werden konnten, was ohne entsprechende Einschränkung der Schlachtungen dieser Bestände im kommenden Sommer noch in sehr erhöhtem Maße eintreten dürfte.“

Wirtschaftliche Lage der Industrie.

D.P.C. Nach wie vor wird der Kohlenmangel in Deutschland trübselig. Eine Reihe von Betrieben, ja ganze Industrien mühen stillgelegt werden. Steigende Arbeitslosigkeit ist die Folge. Falls überhaupt in absehbarer Zeit eine günstigere Kohlenlage herbeigeführt werden soll, scheint es notwendig, die zum Teil unter die Hälfte des Friedensstandes gesunkene Arbeitsleistung wieder auf ein erträgliches Maß zu erhöhen. In Japan will man gegenwärtig für den Bergbau den 14-Stundentag festlegen. Die französischen Bergarbeiter sind freiwillig vom 10. zum 12-Stundentag übergegangen; in Deutschland aber ist die Einführung des 8-Stundentags von einem derartig erschreckenden Rückgang der Produktion begleitet, daß die schwerwiegendsten Beschränkungen unabwendbar sind.

Neben der Kohlennot ist der Rohstoff- und Halbfabrikatmangel besonders fühlbar. Ganz allgemein wird die Freigabe der bisher beschlagnahmten Rohstoffe von Handel und Industrie verlangt, weil man davon eine schnelle und gründliche Besserung des vorhandenen Rohstoffmangels erwartet. Der größte Uebelstand der gegenwärtigen Lähmung des deutschen Wirtschaftslebens, die Verkehrrsnot, bleibt dabei jedoch außer Berechnung; sie verhindert die Wiederaufnahme der Tätigkeit im Bauwesen, erschwert außerordentlich den Verkauf der für unsere kommende Ernte unbedingt notwendigen Düngemittel und die Zuführung der Rohstoffe und Halbjabikate zu den Verbrauchsstätten.

Außerdem wirken als weiteres hemmendes Moment auf den Produktionsprozess die erschwerenden Arbeitsbedingungen ein. Z. B. ist in der Holzindustrie die Produktion durch die Einführung des 8-Stundentags derart gelähmt, daß weder die holzbearbeitenden Industrien im Inland voll befriedigt werden können, noch ein Wettbewerb im Ausland im Bereich der Möglichkeit liegt; trotzdem gerade dieser Industrie noch sehr reichhaltige Rohstoffe zur Verfügung stehen. In der Textilindustrie wird vor allem darüber Klage geführt, daß die Arbeitsleistung beim Zeitlohn gegenüber dem früheren Stücklohn erheblich zurückgegangen ist. Das Bauwesen hat ebenfalls unter dem außerordentlichen Anwachsen der Löhne und Preise zu leiden.

Ev. Jünglingsverein. Donnerstag, 27. Februar abends 7-9 Uhr Spiel und Bibelstunde
Sonntag, 2. März nachm. 4 Uhr Spiel und Vereinsstunde

Druck und Verlag der D. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst.

Kochmehl.

Auf die Marke G zu 375 gr. wird bei den Mehlhändlern Maier, Pfau und Pfannkuch, Haag, Konnenmisch und Haag, Eppelshaus, Kochmehl abgegeben.

Listen-Schluss Montag Abend 6 Uhr.
Städt. Lebensmittelamt Wildbad

Gemüse-Konserven.

Am Samstag den 1. März kommen auf dem Städt. Lebensmittelamt von 9-4 Uhr, die bestellten Gemüse-Konserven zum Verkauf. Da noch nicht alle Sorten eingetroffen sind, erhält jeder Besteller vorerst die Hälfte der bestellten Dosen.
Städt. Lebensmittelamt.

Brotkarten-Abgabe.

Die Abgabe der Brotkarten usw. für den Monat März erfolgt am
Freitag vorm. 9-12 Uhr u. nachm. 1-4 Uhr
für die Nummern 1-500
Samstag für die Nummern 501 bis Schluss.
Städt. Lebensmittelamt.

Brennholz Verlosung.

Wildbad
Aus Stadtwald I Meistern
Abteilg. 2 f. Laiesteig und Abteilg. 1 f. Großer Rant.
kommen im Wege der Verlosung
148 Nm. Nadelholzprügel II. Klasse
66 Nm. Reisprügel
29 Nm. buch. Prügel II. Klasse
7 Nm. eich. Prügel II. Klasse
zur Abgabe.
Anmeldungen nimmt das Lebensmittelamt vom Samstag den 1. März 1919 bis Dienstag den 4. März 1919 je nachmittags von 2-4 Uhr entgegen.
Wildbad, den 27. Februar 1919. Städt. Pfleger.

Laubhölzer-Versteigerung.

Die Badverwaltung Wildbad versteigert am
Dienstag, den 4. März
vormittags 10 Uhr nachstehende Laubhölzer:

- 10 Stück Erlen III. und IV. Klasse
- 10 Stück Ahorn IV. und V. Klasse
- 8 Stück Linden III. und IV. Klasse
- 2 Stück Kirschbäume V. Klasse
- 5 Stück Eschen V. Klasse
- 2 Stück Ulmen IV. Klasse
- 6 Stück Birken V. und VI. Klasse
- 2 Stück Weißbuchen III. und VI. Klasse.

Zusammenkunft bei der Trinkhalle

Geschäfts Eröffnung und Empfehlung.

Der still Einwohnerchaft insbesondere meiner werten Nachbarschaft zur gefl. Kenntnis, daß ich die **Mehgerei Wacker** Straubenberg käuflich übernommen habe, und am
1. März eröffnen werde.

Ich werde bestrebt sein meine werte Kundenschaft, den jetzigen Verhältnissen gemäß, so gut wie möglich zu bedienen und bitte um geneigten Zuspruch bzw. Einzeichnung in die neue Kundenliste.
Hochachtungsvoll

Karl Ellermann.

Reichsbund der Kriegsbekämpften und ehem. Kriegsteilnehmer Ortsgruppe Wildbad.

Versammlung

Sonntag nachm. 2 Uhr im

Cafe Lindenberger

Sämtliche Kriegserwitwen sind in ihrem eigenen Interesse höfl. eingeladen.

Verlade Akord

Das Aus- und Einladen der Wagenladungen habe im Akord zu vergeben.

Bedingungen können bei mir eingesehen werden und finden 2-3 Mann gut lohnende Arbeit
Güterbeförderer Rth.

Harmonium

liefern preiswert franko; auch mit Spielapparat, mit dem jeder sofort ohne Noten 4 stimmig spielen kann
E. Roggenbach,
Obertürkheim.

Stuttgarter Geld-

und
Pferde Lotterie
Ziehung am 3. Mai 1919
Hauptgewinn 25 000 Mark.
Josef a 2 Mark
erhältlich bei
C. W. Gott.

Neue praktische
Taschenlampen
mit Henkel
Stück M. 6.50
sind bei uns eingetroffen
Chr. Schmid u. Sohn

Eine wenig getragene
Damenpelerine
hat zu verkaufen.
Wer sagt die Exped. [244]
Soeben eingetroffen ein Stück
Herrenkleiderstoff
passend für Herren- und Knabenanzüge, Frauenkleider etc.
Empfehle solchen, zum Preis von M. 11.35 per Meter.
Robert Rieinger.

Damen-Mädchen-Bekleidung
Mäntel, Kostüme, Taillekleider, Röcke, Blusen.
Morgen-Röcke, Morgen-Jacken u. Unterröcke
C. Berner
Horsheim, Ecke Metzger- u. Salomonenstr.